

Flüchtlingsschutz geht vor!

Gegenstand:	Verschiedenes
Anmerkungen	Beschluss

Flüchtlingsschutz geht vor!

31.5.2015

1 Armut, Kriege und Konflikte, die Folgen der Klimakrise, Menschenrechtsverletzungen
2 und Vertreibungen zwingen immer mehr Menschen außerhalb ihrer Heimat Schutz zu
3 suchen. Weltweit sind derzeit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht und aufgrund
4 ständiger Konflikte steigt die Zahl weiter an. Jedes Jahr wagen sich zehntausende
5 Menschen auf die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer nach Europa, in der
6 Hoffnung auf ein besseres und sichereres Leben. Allein im letzten Jahr waren es
7 219.000 Flüchtlinge, von denen 3.600 auf der Flucht über das Meer starben.
8 Schätzungen zu Folge ertranken in den letzten 15 Jahren über 20.000 Flüchtlinge im
9 Mittelmeer. Damit ist das Mittelmeer zum Massengrab geworden.

10 Es ist ein Skandal, dass die Blockadehaltung der Bundesregierung dazu beigetragen
11 hat, dass das Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“ nicht fortgeführt wurde. Dieses
12 Programm hat unabhängigen Schätzungen zu Folge innerhalb eines Jahres mehr als
13 140.000 Menschen das Leben gerettet. Weil die Staats- und Regierungschefs der
14 Europäischen Union sich weigerten monatlich gut 9 Mio € zur Verfügung zu stellen, die
15 Italien vorher alleine aufgebracht hatte, wurde das Programm im Herbst 2014
16 eingestellt. Stattdessen wurde die völlig unzureichende Grenzschutzmission „Triton“
17 eingerichtet (ausgestattet mit noch nicht einmal 3 Mio € monatlich), deren Ziel es nicht
18 war Flüchtlinge im Mittelmeer zu retten, sondern nur die Grenzen der Europäischen
19 Union zu „schützen“. Deutschland und die anderen Mitgliedsstaaten der EU haben es
20 lange Zeit versäumt Hilfe zu leisten und so den Tod weiterer Flüchtlinge in Kauf
21 genommen.

22 Auf dem EU-Sondergipfel am 23. April 2015 konnte in wesentlichen Punkten keine
23 Einigung erzielt werden. Die Reichweite und der Umfang der dort beschlossenen
24 Maßnahmen sind unzureichend. Daher müssen schnellstmöglich weitere und
25 konsequentere Schritte folgen.

26 Deshalb unterstützen die GRÜNEN NRW den auf dem Länderrat im April 2015
27 beschlossenen Antrag „Seenotrettung jetzt!“. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich
28 auf europäischer Ebene für weitergehende Schritte hin zu einem angemessenen
29 ausgestalteten Seenotrettungsprogramm einzusetzen, das mindestens auf dem Niveau

30 von „Mare Nostrum“ liegt, und sich an den Kosten zu beteiligen. Das Programm muss
31 unbefristet und auskömmlich finanziert sein und die Seenothilfe dabei absoluten
32 Vorrang vor Grenzsicherung oder Strafverfolgung haben. Die Aufstockung von Frontex
33 lehnen wir ab. Sie ist keine Alternative zu einem Seenotrettungsprogramm. Statt der
34 einseitig auf Flüchtlingsabwehr ausgerichteten EU-Politik und der darauf spezialisierten
35 EU-Grenzschutzagentur Frontex wollen wir eine neue europäische Gesamtstrategie für
36 eine liberale und menschenrechtsbasierte Grenzpolitik.

37 Die Europäische Union muss zudem Flüchtlingen legale Einreisemöglichkeiten mit
38 humanitären Visa und Familienzusammenführungen bieten. Die Aufnahme im Rahmen
39 des Resettlement-Programms muss erhöht werden und für Menschen, die aus Armut
40 und Elend fliehen, braucht es zumindest eine Chance auf legale Aufnahme, etwa durch
41 ein umfassendes Einwanderungsgesetz.

42 Darüber hinaus bekräftigen wir unseren Standpunkt hinsichtlich der Dublin III-
43 Verordnung und fordern nach wie vor ihre Abschaffung. Wir wollen eine solidarische
44 Asylpolitik etablieren, die gemeinsamen und solidarischen Standards bei der Aufnahme
45 und Unterbringung folgt. Dabei bedarf es einer Aufteilung der Verantwortung unter allen
46 EU-Mitgliedsstaaten zur Aufnahme der Flüchtlinge. Insbesondere die Bundesregierung
47 ist gefragt, die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht allein zu lassen und
48 sich an den Kosten für eine menschenwürdige Unterbringung mit entsprechender
49 Ausstattung zu beteiligen. Aber auch wir in NRW wollen unseren Beitrag zur
50 Unterstützung der Kommunen leisten. Wir begrüßen daher, dass Rot-Grün bereits im
51 Haushalt 2015 beschlossen hat, die Gelder, die die Kommunen für die Unterbringung
52 und Versorgung der Flüchtlinge im Rahmen des FlüAG erhalten, strukturell um 40
53 Millionen Euro, also 25% aufzustocken. Dementsprechend werden auch in 2015 und
54 2016 Bundesmittel in Höhe von 54 Millionen Euro an die Kommunen weitergeleitet. Aus
55 unserer Sicht ist dabei auch nicht hinnehmbar, dass staatliche Aufgaben von
56 ehrenamtlichen Helfer*innen ersetzt werden. Das große ehrenamtliche Engagement der
57 Bürger*innen verdient uneingeschränkt Anerkennung und Unterstützung.
58 Ehrenamtliches Engagement vor Ort kann aber immer nur eine Ergänzung zu einem
59 umfassenden Integrationsprogramm darstellen und damit einen Beitrag zur
60 Verständigung mit der Bevölkerung leisten. Dass der Zugang zum Ausbildungs- und
61 Arbeitsmarkt bereits verbessert und das absolute Arbeitsverbot nun von neun auf drei
62 Monate verkürzt sowie die sog. Vorrangprüfung von vier Jahren auf 15 Monate verkürzt
63 werden konnte ist ein Erfolg GRÜN-mitregierter Länder. Wir GRÜNEN bleiben aber bei
64 unserer Forderung, Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen
65 und die Geflüchteten in die sozialen Regelsysteme aufzunehmen. Ein solcher Schritt
66 würde die Kommunen um 50% bei den Kosten entlasten und macht die Integration von
67 Anfang an möglich. Die notwendige direkte Gesundheitsversorgung über die
68 gesetzliche Krankenkasse wird so gewährleistet.

69 GRÜNE Flüchtlingspolitik bekämpft konsequent die Fluchtursachen. Sie müssen vor Ort
70 und gemeinsam auf Augenhöhe bekämpft werden. Dazu sind umfangreichere Hilfen in

71 den Herkunftsländern von Nöten. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit allein reicht
72 nicht aus, muss aber mindestens zu fairen Bedingungen für alle Seiten stattfinden. Wir
73 stehen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die präventive
74 Friedenspolitik in den Mittelpunkt stellt.

75 Die Bundesregierung und die EU tragen die politische Verantwortung für die Folgen
76 ihres Handelns und ihrer Unterlassungen besonders auch im Klimaschutz. Der
77 Klimawandel ist für Kleinbauern in Afrika schon heute spürbar. Subventionierte
78 Dumpingexporte aus Europa und anderen Ländern machen ihnen dabei zusätzlich zu
79 schaffen. Auch europäische Fischereiflotten sind an der Überfischung afrikanischer
80 Küstengewässer beteiligt. Bei der Bekämpfung der Fluchtursachen gehören daher für
81 uns GRÜNE auch weiterhin der Einsatz für den Umweltschutz, die Bekämpfung des
82 Klimawandels sowie der Einsatz für fairen Handel dazu.

83 Gemeinsam mit den Staaten Afrikas muss die Europäische Union auch wirksame
84 Maßnahmen zur Bekämpfung von Schlepperbanden ergreifen, die Flüchtlinge auf zu
85 kleinen und meistens nicht mehr seetüchtigen Schiffen unterbringen und so billigend die
86 vielen Schiffsunglücke mit zahlreichen Toten in Kauf nehmen. Das Fehlen legaler und
87 sicherer Wege sorgt zur Zeit jedoch dafür, dass viele Flüchtende zu illegalen Wegen
88 getrieben werden. Wir verurteilen aufs Schärfste, dass die Bundesregierung ihre
89 Mitschuld für das Sterben im Mittelmeer leugnet und stattdessen mit militärischen
90 Abenteuern gegen Schlepper von den Ursachen ablenken will. Wir setzen uns
91 stattdessen für eine Politik ein, die Flüchtlinge vor Schleppern schützt. Anstelle von
92 mehr Überwachung und Abschottung wollen wir ein faires Asylsystem schaffen und
93 legale Zuwanderung auf sicheren Wegen ermöglichen.

94 Die Europäische Union ist für uns verknüpft mit dem Gedanken an Freiheit und Vielfalt,
95 Frieden und Demokratie sowie nicht zuletzt auch Wohlstand. Sie hat geholfen,
96 jahrhundertealte Gegensätze und Konflikte zu überwinden und einen geschichtlich
97 einmaligen Frieden zu schaffen. Menschen, die genau dies suchen, darf die EU nicht
98 mit geschlossenen Grenzen begegnen. Wir GRÜNE stehen für ein Europa, das keine
99 Festung ist und fordern die Bundesregierung auf, Abschottungspolitik und
100 Missbrauchsrhetorik einzustellen und endlich globale Verantwortung zu übernehmen.